

"Die Tragik der Menschenrechtssituation ist unermeßlich"

Rechtsauffassung und Rechtssystem im sozialistischen Vietnam

Wer die vietnamesischen Massenmedien verfolgt und das öffentliche Leben Vietnams einigermaßen kennt, dem ist bekannt, daß das Thema "Menschenrechte" eines der größten Tabus dieses Landes ist. Jede Autorität (Institution oder Person) reagiert besonders allergisch, ja oft affektartig auf das Wort "Nhan quyen" (Menschenrechte).

Das Dogma der Kommunistischen Partei Vietnams, daß jeder sozialistische Vietnamese das "Recht des kollektiven Herrn" (Quyem lam chu tap the = Recht auf kollektive Machtausübung) haben kann, soll und muß, verhöhnt zwangsläufig den Terminus Menschenrechte. Die Einforderung der Menschenrechte als notwendige Geltendmachung des "natürlichen" Schutzes jedes Individuums gegen Willkür und ungerechte Eingriffe des Staates oder der Partei wird als inakzeptabler und teils reaktionärer Angriff gegen das Kollektiv und die Obrigkeit verstanden und häufig kriminalisiert. Das Wort "Nhan quyen" ist bei der vietnamesischen Autorität völlig negativ besetzt. Es erscheint ihr giftig, bedrohlich und dekadent, da es angeblich ausschließlich eine der Ausbeutung dienendes demagogisches Instrument des Kapitalismus und Imperialismus ist.

Der Ablehnung einer Auseinandersetzung mit der Problematik "Menschenrechte" und demzufolge der eklatanten Verletzung der primären Rechte eines Menschen liegen m.E. folgende politisch-ideologischen Komponenten der Politik der Kommunistischen Partei Vietnams zugrunde:

1. die totale Verneinung des Individuums durch die sogenannte "Diktatur des Proletariats" und die alleinige Herrschaft der Kommunistischen Partei

2. damit verbunden die tradierte gewaltsame Durchsetzung der kommunistischen Parteipolitik und

3. die scholastische Verherrlichung des "sozialistischen" Staates und Rechts als etwas Vollkommenes und allen anderen Gesellschaftssystemen weit Überlegenes.

Eine mögliche Auseinandersetzung mit der Problematik "Menschenrechte und Menschenrechtsverletzungen" würde das nicht zu korrigierende Feindbild einer kapitalistischen Gesellschaft zerrütten und die Aufdeckung des Heuchlerischen an der Vollkommenheit des real existierenden Sozialismus nur noch forcieren.

Das Verschweigen von im Völkerrecht normierten Menschenrechten ist nur so zu verstehen. Die in der Verfassung des Landes deklarierten Rechte der Bürger bilden ein fertiggestelltes Paket, die man für die allerbesten Rechte eines Menschen hält. Man glaubt, keinen Vergleich mit anderen Gesellschaftsordnungen nötig zu haben.

Der vietnamesische Sozialismus garantiert keine Menschenrechte

Dabei weist die vietnamesische Rechtstheorie zu Recht auf den programmatischen Charakter der Grundrechte der Bürger hin, die in der Verfassung Vietnams ihren Niederschlag finden. Auf der anderen Seite wird ständig behauptet und betont, daß es egal sei, auf welcher Entwicklungsstufe der Sozialismus sich befinde, nur durch ihn würden die Rechte der Menschen real geschützt und gewährleistet. Der sozialistische Staat sei der einzige Staat auf der Welt, der alle Konditionen und Garantien für die Verwirklichung der Rechte aller Menschen schaffe und entwickle. Mit der Zauberformel "alle Rechtsnormen im Kapitalismus dienen nur der Ausbeutung, Verdummung und Unterdrückung des Volkes" werden die geschichtlichen Errungenschaften in bezug auf Menschenrechte, die ihren Fortbestand auch in diesem Gesellschaftssystem finden, verleugnet. Wichtiger ist es für die Logik der Kommunistischen Partei Vietnams, daß damit die theoretischen und programmatischen Grundrechte der Bürger im sozialistischen Staat zur triumphalen Realität werden.

Was in Vietnam wirklich bleibt, ist mehr oder weniger ein beleidigender Hohn, wenn von der Realität folgender Grundrech-

te der Bürger anhand der Verfassung und einiger Gesetzestexte die Rede ist:

Politische Rechte und Freiheiten

- das Recht, das Leben des sozialistischen Staates und der sozialistischen Gesellschaft mitzugestalten (Art. 56 der Verfassung der Sozialistischen Republik Vietnam - SRV)

- das aktive und passive Wahlrecht (Art. 57)

- das Recht auf Rede-, Presse-, Versammlungs-, Vereinigungs- und Demonstrationenfreiheit (Art. 67)

- das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz (Art. 55)

- das Recht auf Gleichberechtigung, unabhängig von Geschlecht, Klassenzugehörigkeit, Glauben, Beruf, Ausbildungsniveau etc. (Art. 57)

- das Recht auf Unantastbarkeit der Person (Art. 69);

- das Recht auf Schutz des Lebens, der Ehre und Würde der Person (Art. 70);

- das Recht auf Freizügigkeit und Unverletzbarkeit der Wohnung (Art. 70);

- das Recht auf Beschwerde und Petition (Art. 73)

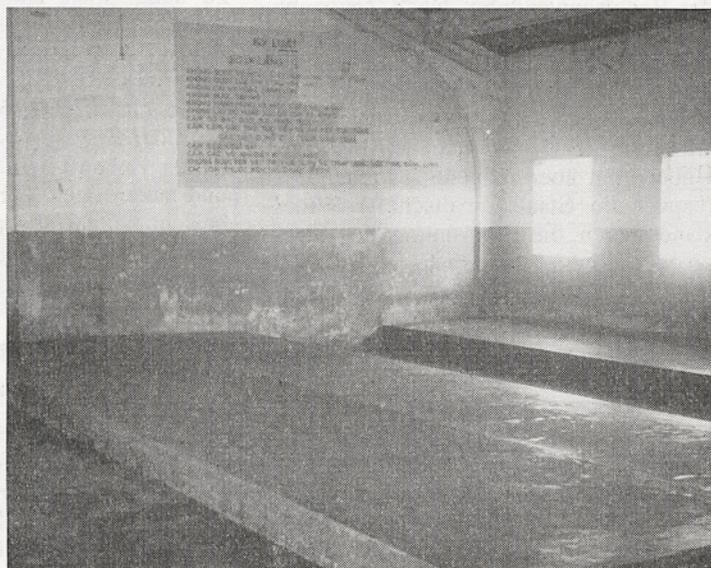
Sozialökonomische Rechte und Freiheiten

- das Recht auf Arbeit (Art. 58)

- das Recht auf Erholungsurlaub (Art. 59)

- das Recht auf kostenlose medizinische Versorgung (Art. 61);

- das Recht auf Wohnung (Art. 62)



Gefängnis in Saigon

Foto: H. Kotte

Geistig-kulturelle Rechte und Freiheiten:

- das Recht auf Schul- und Berufsausbildung (Art. 60)
- das Recht zur wissenschaftlich-technischen, künstlerischen und kulturellen Betätigung (Art. 72)
- das Recht auf Schutz der Ehe und Familie (Art. 64)
- das Recht auf Glaubensfreiheit (Art. 68)¹

Die Schaffung einer Verfassung – des Grundgesetzes Vietnams – ist zweifelsohne ein Fortschritt im politisch-juristischen Leben Vietnams. Der Fortschritt, den das Grundgesetz jedoch bringen soll, bleibt allerdings aus. In den Jahren des Krieges (1945–1975) hat der Kampf um die nationale Unabhängigkeit die Entwicklung der Gesellschaftswissenschaften des Landes, einschließlich der Rechtswissenschaften, völlig zurückgedrängt. Nach der Erlangung der Unabhängigkeit konzentrierte sich die Staats- und Parteiführung auf die Ausdehnung und Behauptung ihres Machtmonopols im ganzen Land anstatt auf die Schaffung eines Rechtssystems und der Rechtsstaatlichkeit. Das fehlende Rechtssystem wurde hauptsächlich durch ein Instruktionsgebilde und eine Sammlung von Parteibeschlüssen ersetzt, die zum Teil heute noch als Rechtsgrundlagen dienen.

In den letzten Jahren sind von den Parteitagen große Gesetzgebungsvorhaben beschlossen worden. Einige wurden realisiert. Nach dem Mustern der sowjetischen Gesetze wurden einige für ein Rechtssystem bedeutende Gesetzeswerke verabschiedet, u.a. das Strafgesetzbuch (1986) und die erste Strafprozeßordnung (1988).

Trotz Reformen Rechtlosigkeit

Wie in der Vergangenheit besteht weiterhin eine große Kluft zwischen der Existenz eines Gesetzes und der Praxis der Rechtsanwendung. Nach Zeugenberichten sowie meinen persönlichen Gesprächen mit Vertretern der Machtorgane besteht eine gravierende Ignoranz, Verflachung und Aushöhlung des Rechts durch die Recht anwendenden Instanzen. Unbehelligt üben manche Justizbehörden (bspw. die Staatsanwaltschaft) Widerstand gegen die Anordnung der Strafprozeßordnung, das Recht auf Rechtsbeistand durch Rechtsanwälte im Strafverfahren einzuräumen. Das Recht auf Einbeziehung eines Rechtsanwaltes wird in den meisten Fällen gar nicht ermöglicht und in verschiedenen Formen verhindert.

Ebensowenig werden strafprozessuale Rechtsnormen hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit des Haftverfahrens eingehalten. Haftbefehle werden von inkompetenten Behörden erlassen. Gerichts-

verfahren werden entgegen der Entscheidung der Obersten Volksstaatsanwaltschaft zur Einstellung des Strafverfahrens durchgeführt². Es fehlen bisher in der Strafprozeßordnung z.B. eine ausdrückliche Regelung solch völkerrechtlich anerkannt Grundsätze wie "ne bis in idem" und "in dubio pro reo". Auch ist der Grundsatz, daß kein Beweismittel eine im voraus festgelegte Beweiskraft besitzt, unzureichend reglementiert. Durch das Fehlen der Rechtsinstitute "Verdacht" und "Verdächtiger", gepaart mit dem kriegskommunistischen, heute noch allgegenwärtigen Leitsatz "lieber einen Unschuldigen mehr verurteilen als einen Schuldigen übersehen" (Tha xu sai con hon bo sot), findet das verkündete Prinzip "Präsumtion der Nichtschuld" praktisch keine Berücksichtigung im Strafverfahren.

Wenn ein Mensch, egal ob schuldig oder unschuldig, in das teuflische Rad des vietnamesischen Strafverfahrens gerät, ist er praktisch der anarchistischen Rechtslosigkeit, Korruption, Rachsucht und Willkür der Behörden ausgeliefert. Korruption und Wirtschaftsmafiaabenden im Staats- und Parteiapparat lassen – wie noch nie zuvor – Behördenkriminalität und rigorose wie auch verdeckte und unspektakuläre Menschenrechtsverletzungen aufblühen. Die meisten Kontrollinstanzen, die aktiv werden, werden oft auf mysteriöse Weise ausgeschaltet. Die systematische und heimtückische Gängelei, Bevormundung sowie Racheakte gegen Andersdenkende in öffentlichen Bereichen und auf allen Ebenen (Behörden, Betrieben, Kollektiven, gesellschaftlichen Organisationen etc.) erwürgen jede Opposition im Keim. Faktisch gilt nur eine politische Meinung, nämlich die der Kommunistischen Partei.

Die Tragik der Menschenrechte in Vietnam ist unermeßlich, wenn der anachronistische und anmaßende Anspruch der Kommunistischen Partei, die einzige Kraft zur Gestaltung der Nation zu sein, noch lange bestehen bleiben sollte. Bezüglich dieser ihrer "geschichtlichen Mission" lautet die Devise der Partei:

"So war es in der Vergangenheit, so ist es in der Gegenwart und so wird es auch in der Zukunft sein. Unter den jetzigen und zukünftigen Verhältnissen Vietnams besteht keine objektive Notwendigkeit für die Zulassung irgendeiner politischen Oppositionspartei"³.

Beendigung der Alleinherrschaft der Partei

In der Diktatur der Partei liegt die eigentliche Ursache für die permanenten Menschenrechtsverletzungen in Vietnam. Wo die Presse-, Meinungsfreiheit und das Mitbestimmungsrecht (z.B. das Recht auf freie Wahl) der Menschen zertreten

werden, herrschen Demütigungen, Anarchie und Resignation. Die Verletzung anderer Menschenrechte ist nur die folgerichtige Konsequenz.

In dem unterdrückten politischen Leben sind die Vietnamesen im Lande rechts und hoffnungslos verloren. Selbst die schwach gehegte Hoffnung auf eine Trennung zwischen Partei und Staat und damit auf ein System von sich gegenseitig kontrollierenden Machtmechanismen, ist schnell verfliegen. "Die Partei konzentriert sich (in allen Lebensbereichen) auf die Kontrolle und Überwachung der Verwirklichung ihrer Richtlinien und Politik"⁴. Dafür sorgt sie systematisch. Denn sie "erschließt und befähigt die Kaderreserven und empfiehlt den Staatsorganen aller Ebenen die leitenden Kader..."⁵

In der eisernen Hand der Kommunistischen Partei Vietnams, die sich mal langsam und mal ruckartig schließt, ersticken die Menschen rechtslos und widerstandsunfähig.

Ich bin nicht illusionsfähig genug, um zu hoffen, daß die Kommunistische Partei bedingungslos ihre Alleinherrschaft aufgibt. Angesicht des "Fehlens einer demokratischen Tradition"⁶ und des bevorstehenden ökonomischen, ökologischen und politischen Kollapses⁷ in Vietnam wäre ein blutiges Chaos in diesem Fall leicht denkbar. Vernünftig wäre, wenn alle Kräfte, die an einem unabhängigen, demokratischen und Menschenleben achtenden Vietnam interessiert sind, frei mit einander verhandeln und über das Schicksal des Landes mitbestimmen können.

Nguyen van Huong

Der Verfasser ist Rechtswissenschaftler und z.Zt. in Berlin tätig

Anmerkungen:

- 1 Die Verfassung der Sozialistischen Republik Vietnam vom 18.Dez.1980 (vietnamesisch)
- 2 Nguyen Do: Tieng Oan (Der Schrei eines Unschuldigen); in: Van nghe (Literatur-Zeitung), Nr. 31, vom 3.8.91, S.16 (vietnamesisch)
- 3 Nguyen van Linh: Dien van tai le ky niem lan thu 60 ngay thanh lap Dang Cong San Viet nam (Festrede anlässlich des 60. Gründungstages der Kommunistischen Partei Vietnams); Nha xuat ban Su that, Hanoi, 1990, S. 17 (vietnamesisch);
- 4 ebenda, S. 19
- 5 ebenda, S. 20
- 6 Nguyen Khac Vien: Cu va moi ("Alt und Neu"); in: Van nghe (Literatur-Zeitung), Nr. 30, vom 25.7.87 (vietnamesisch)
- 7 Vgl. Nguyen Viet: "Das Land stirbt den langsamen Tod seiner herrschenden Klasse", in: Frankfurter Rundschau. Nr. 145, vom 26.6.91, S. 24.